



Marco Urban

ALICE SCHWARZER

Das Kanzlerinnen-Interview

Was zunächst selbst manchen SympathisantInnen unvorstellbar schien („Die kann das nicht!“), hat Angela Merkel innerhalb von vier Jahren zur Selbstverständlichkeit gemacht: Im Kanzleramt sitzt eine Frau. Und bei Gipfeltreffen zeigt Deutschland Farbe, am liebsten Pfirsichpastell oder Lindgrün, zwischen sehr viel Grau. Im Ausland ist der Respekt für Merkel schon lange groß: von Amerika bis Russland, von Frankreich bis Israel. Im Inland hat die Kanzlerin sich nun der Wiederwahl zu stellen, gegen den SPD-Kandidaten Frank Steinmeier. Die Werte der SPD sind zurzeit miserabel und die der CDU/CSU passabel – doch in der Tasche hat sie es noch nicht. Es heißt, die Stimmen der Frauen seien entscheidend (mal wieder). Trägt die Kanzlerin dem Rechnung? Sie ist eine Frau, unstrittig. Doch genügt das? Auch darüber sprach die EMMA-Herausgeberin mit der Bundeskanzlerin.

Zum ersten Mal hatte EMMA Angela Merkel 1992 interviewt. Damals war sie auf der Doppelquote (Frau und Ossi) überraschend Frauenministerin unter Kohl geworden und klagte über den „Chauvinismus und Machismus billigster Art“, mit dem man versuche, „meine Person madig zu machen“. Da ist sie inzwischen durch, die Pfarrerstochter und Physikerin aus der DDR. Doch auf diesem Weg scheinen auch einige Erkenntnisse auf der Strecke geblieben zu sein, die sie vor 16 Jahren bereits hatte. Damals, 1993, schrieb Angela Merkel in ihrer Rezension des Essays von Susan Faludi über den „Backlash“ für EMMA: „Wir Frauen müssen weitergehen auf dem Marsch durch die Institutionen und teilhaben an der öffentlichen Macht!“ Das hat sie beherzigt. Gleichzeitig aber scheint die Kanzlerin gelernt zu haben, sich rauszuhalten. Zumindest in Frauenfragen.



Bundesregierung/Steffen Kugler

„Es macht Freude, Dinge durchsetzen zu können, die nach meiner Überzeugung wichtig sind.“

Frau Bundeskanzlerin, Sie gelten als „die mächtigste Frau der Welt“. Das muss doch Spaß machen.

Angela Merkel Es macht Freude, Dinge durchsetzen zu können, die nach meiner Überzeugung wichtig sind. Das ist ein schönes Gefühl: Entscheidendes zu bewegen. Zum Beispiel im Klimaschutz. Oder bei der Regulierung der Finanzmärkte: Da darf es nicht wieder so werden, wie es vorher war.

Und was macht an dem Job eher weniger Spaß?

Dass ich kaum mehr etwas unbeobachtet machen kann, zum Beispiel einfach mal durch die Stadt bummeln. Das ist der Preis. Aber das Positive überwiegt. Insgesamt bin ich aber dankbar, dass ich zu den wenigen Regierungschefs gehöre, die noch selbst einkaufen gehen können.

Haben Sie auch die Befürchtung, dass Macht einen Politiker, eine Politikerin isoliert, verändert?

Ich kann nur aus meiner Erfahrung sprechen: Ich habe diese Angst nicht. Natürlich muss man damit umgehen, aus Sicherheitsgründen nur eingeschränkt spontan etwas machen zu können. Aber erstens lasse ich mir eine gewisse Spontaneität nicht nehmen und zweitens habe ich

dank meiner Familie und Freunde eine gute Erdung und Zugang zum Leben.

Es heißt, Sie büchsen manchmal aus und stiefeln ohne Bodyguards los.

Na ja ... sie kommen schon mit. Ich will ihnen ihre verantwortungsvolle Arbeit ja nicht unnötig schwer machen.

Im Herbst 2005 hatten Sie die Wahlen gewonnen, aber noch nicht das Amt. Deutschland diskutierte wochenlang, ob Sie denn nun auch wirklich Kanzlerin werden sollten – oder ob es nicht besser wäre, wenn Sie die vier Jahre mit dem Altkanzler teilen: zwei Jahre Schröder und zwei Jahre Sie. Zur Fassungslosigkeit des Auslands. Wie fanden Sie das?

(lächelt) Letztendlich haben sich doch die demokratischen Spielregeln und die Vernunft durchgesetzt und nicht die Emotion pur vom Wahlabend. Das spricht für unser politisches System. Es hat sich gezeigt, dass Deutschland ein Land ist, in dem die Parteien die Kraft hatten, ein Wählervotum verantwortungsbewusst umzusetzen und in dem die Menschen sich kein X mehr für ein U vormachen lassen.

Wenn Sie die letzten vier Jahre so resümieren: Was war eigentlich Ihre überraschendste Erfahrung?

Welches Gewicht das Wort des Kanzlers hat. Dass ich so manches beeinflussen konnte, wie das stärkere Bemühen um die Integration der Migranten, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, verstärkte Forschungsmittel und eine höhere Entwicklungshilfe für Afrika. Bei den Beratungen in der Koalition kam es darauf an, dass ich den jeweiligen Ministern den Rücken für diese Vorhaben stärke.

In den Jahren vor Ihrer Kanzlerschaft gab es eine endlose Debatte über Ihre Frisur und Ihren Kleidungsstil. Das ist inzwischen fast verstummt. Ist es eine Frage der Macht? Oder handeln Sie das jetzt einfach geschickter?

Ich habe als Bundeskanzlerin eine Visagistin, die mir hilft. Doch ich pflege weiterhin einen sehr pragmatischen Stil: Die Frisur muss zwölf oder mehr Stunden halten, und ich kann mir auch nicht alle zwei Stunden die Nase pudern lassen. Der Zeitaufwand für diese Dinge muss sich in Grenzen halten.

Und die Kleidung?

Da habe ich meine Schneiderin, und das funktioniert recht gut.

Tragen Sie Ihre Hosenanzüge eigentlich auch am – meist sehr späten – Feierabend?

„Mein Mann kocht nicht, er kauft meist ein. Und ich schreibe ihm am Freitag einen Zettel.“

Zuhause trage ich am liebsten Jeans und einen Pullover oder eine Strickjacke.

Die Kanzlerin im Hosenanzug würden laut Forsa-Umfrage 63 Prozent aller Studentinnen wählen, aber nur 14 Prozent die CDU. Wer sicher sein will, mich als Kanzlerin zu behalten, der muss meine Partei, die CDU, wählen. Und im Übrigen ist die CDU moderner, als manche denken. Doch die Zustimmung zu mir freut mich natürlich! Vermutlich gebe ich durch mein Beispiel anderen Frauen den Anstoß zu denken: Das könntest du vielleicht auch! Wie kann sich eine Frau in einer so exponierten Machtposition verhalten? Das muss man ja einmal erlebt haben!

Sie sind nicht nur eine Frau, Sie sind auch in der DDR aufgewachsen. Doch 20 Jahre nach Mauerfall haben immer noch viele Menschen im Osten das Gefühl, sie seien benachteiligt und der Westen habe sie über den Tisch gezogen.

Ein solches Gefühl haben unter den Jüngeren im Osten schon viel weniger. Aber viele Ältere fühlen sich sicherlich von der Entwicklung benachteiligt. Das ist nichts, was man dem Westen anlasten kann, sondern das sind die Umstände der Lebensbiografien, für die keine der heutigen Generationen etwas kann. Ich war bei der Wende 35 – und konnte nochmal etwas ganz Neues anfangen, mich in die Politik einbringen. Aber schon für die zehn und fünfzehn Jahre Älteren war das viel schwerer. 13 Prozent aller Menschen haben in der DDR in der Landwirtschaft gearbeitet, heute ist es gerade mal noch ein Prozent. Doch diese zwölf Prozent konnten ja nicht alle zu Siemens-Ingenieuren umgeschult werden. Diese Menschen wurden nicht selten arbeitslos. Und dass da einer mit dem Leben hadert, kann ich verstehen.

Aber was können Sie für ihn oder sie tun?



Szenen eines Kanzlerinnenlebens: Obamas und Merkel/Sauer beim Talk des ersten deutschen Präsidenten-Trips in Baden-Baden am 3. April 2009.

Ich kann immer wieder nur ermutigen, das Leben in die eigene Hand zu nehmen! Wir waren in der DDR ja über Jahrzehnte gewohnt, möglichst wenig selbst zu entscheiden. Wie Václav Havel so richtig gesagt hat: Wenn man die Freiheit nicht gewohnt ist, muss man erst mal lernen, von ihr Gebrauch zu machen.

Und wie erklären Sie sich, dass Sie im Westen beliebter sind als im Osten? Die CDU hat ja insgesamt bessere Werte im Westen. Und die Linke ist viel stärker im Osten.

Und Sie als Person?

Ich bin Kanzlerin aller Deutschen. Andererseits spreche ich durchaus immer wieder über mein Leben und meine Erfahrungen im Osten. Hinzu kommt vielleicht, dass viele Ostdeutsche etwas vorsichtiger in ihrer Bewertung sind. Sie steigern sich nicht so leicht in Begeisterung, sondern sind zurückhaltender in ihrem Urteil.

Die Integration der rund 4 Millionen Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis wird eine der entscheidenden Fragen der Zukunft sein. Die ersten Schritte müssen schon in Kindergärten und Schulen gemacht werden. Aber gerade da tobt ein ideologischer Streit, der meist religiös verbrämt ist und vom Staat mit sehr viel Nachsicht betrachtet wird.

Mir macht es vor allem Sorgen, wenn immer wieder muslimische Mädchen nicht teilnehmen können an den Aktivitäten der Klasse: wie Schwimmunterricht, Sexualkunde oder Klassenfahrten.

Doch gerade an dem Punkt gibt es seit Jahren eine Flut von Elternprozessen – unterstützt von den islamischen Verbänden! – die verlangen, dass die Töchter anders behandelt werden als die Söhne. Das ist eine Belastung für diese Mädchen und ein schweres Hindernis für die Integration. Dem müssen wir Einhalt gebieten.

Wie? Was wollen Sie in den kommenden Jahren tun?

Wir haben mit der Deutschen Islam Konferenz ein Dialogforum zwischen Staat und Muslimen geschaffen, in dem genau solche Fragen wie die Teilnahme am Sportunterricht auf der Tagesordnung stehen. Da geht es um Offenheit untereinander, um den Abbau von Vorurteilen, von Abschottung und letztlich auch von Gewaltpotential. Die Islam Konferenz wird ihre Arbeit in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen. Ziel ist es, muslimische Gemeinden besser in unsere auf einem freiheitlich-demokratischen Wertefundament ruhende Gesellschaft zu integrieren. Da liegt noch viel Arbeit vor uns.



Die Kanzlerin nimmt am 15. Mai in Detmold ein Bad in der weiblich dominierten Menge. Die Kanzlerin bejubelt am 25. Mai die Wiederwahl von Bundespräsident Köhler im Kreis der männlich dominierten CDU-Spitze.

Und was könnte Deutschland gegen die schweren Menschenrechtsverletzungen der Frauen in islamistischen Ländern wie Iran tun?

Es hat sich in Teheran ja gezeigt, dass es ein großes und intaktes Selbstbewusstsein vieler Menschen hinter verschlossenen Türen gibt, das sich jetzt auf der Straße manifestiert. Und es tut mir in der Seele sehr weh, wenn ich sehe, wie diese mutigen Menschen behandelt werden. Ich halte es daher für zentral, die iranische Führung immer wieder aufzufordern, die inhaftierten Demonstranten freizulassen und universale Menschen- und Bürgerrechte – und das schließt die Gewährleistung politischer Freiheiten ein – auch in Iran zuzulassen. Wir müssen als internationale Gemeinschaft und als Weltöffentlichkeit klar bekennen, dass wir an der Seite der Menschen stehen, die auf friedliche Weise an der politischen Entwicklung ihres Landes teilhaben wollen. Das heißt auch: Wir werden die politischen Gefangenen in Iran nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Ich weiß ja noch aus meinem Leben in der DDR, wie wichtig solche Signale sind.

Deutschland könnte in Ländern wie Afghanistan zum Beispiel die Entwicklungshilfe mit der Forderung nach Einführung von mehr Rechten für die Mädchen und Frauen verknüpfen.

Die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen ist bereits ein wichtiges Ziel unserer Entwicklungshilfe. Dies gilt für Afghanistan genauso wie für alle anderen Länder, in denen wir uns engagieren. Es geht darum, die Rahmenbedingungen zu verändern, damit Frauen gleiche Rechte und auch Pflichten wie Männer erlangen. Bildung ist dabei ein ganz wichtiger Schlüssel. Schulen in Afghanistan zu fördern, hat deshalb beim Aufbau des Landes für uns eine hohe Priorität. Bildung eröffnet jungen Mädchen und Frauen die besten Möglichkeiten, sich unabhängig zu entwickeln und an der Gesellschaft gleichwertig teilzuhaben. Seit dem Fall der Taliban-Regierung vor nunmehr bald acht Jahren haben wir Beachtliches erreicht: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich auf über 6,5 Millionen vervielfacht, die Hälfte davon sind Mädchen. Bei meinen Besuchen in Schulen in Kabul und in Mazar-i-Sharif hat mich die Begeisterung der Jungen und Mädchen beeindruckt, mit der sie dem Unterricht folgen. Auch in anderen Feldern konnten wir gemeinsam mit der afghanischen Regierung die Rahmenbedingungen für Frauen positiv verändern. Frauen kandidieren z. B. bei den Präsidentschafts- und Provinzratswahlen im August.

Jüngst haben Sie den Warburg-Preis bekommen für Ihre Verdienste um die transatlantischen Beziehungen und „als

Kämpferin für den Klimaschutz und die Frauenrechte“. Verstehen Sie sich als Kämpferin für Frauenrechte?

Ich komme aus einer anderen Sozialisation als die alte Frauenbewegung in der Bundesrepublik ...

Mit dieser „alten Frauenbewegung“, wie Sie sagen, meinen Sie vermutlich die neue. Die ist übrigens jünger als Ihre „soziale Marktwirtschaft“: nämlich 30, 40 Jahre ...

... doch ich glaube, dass ich durch meine Arbeit schon ein bisschen was für die Frauen geleistet habe. Aber es gibt noch viel zu tun!

Ministerin von der Leyen hat mit Ihrer Unterstützung eine kleine Revolution ausgelöst mit dem Elterngeld und den Väternmonaten. Doch jetzt knickt sie und knickt auch die Kanzlerin ein. Sie stimmen trotz eigener Bedenken dem so genannten „Betreuungsgeld für Familien“ zu. Das ist geplant für Familien, die ihre Kinder eben nicht in die Krippe oder den Kindergarten geben, sondern 24 Stunden am Tag bei Müttern lassen. Richtet sich eine solche Maßnahme nicht genau gegen die Kinder, die eigentlich die Chance bitter nötig hätten, auch außerhalb ihrer Familie gefördert zu werden? Und birgt das nicht die Gefahr, dass manche Ehemänner ihren Frauen mit dem Argument des Betreuungsgeldes die Berufstätigkeit erschweren könnten?

Nein. Weder Frau von der Leyen noch ich knicken hier ein. Dagegen sprechen schon die Zahlen. Gut ein Drittel der Eltern der unter dreijährigen Kinder wünscht sich einen Betreuungsplatz. Wir können zwei Drittel der Eltern nicht unter Generalverdacht stellen, dass sie mit dem Geld nichts für Ihre Kinder tun wollen. Und ich möchte auch nicht zwei Drittel der Väter unter Generalverdacht stellen, dass sie ihre Frauen unterdrücken. Wir haben uns mit Bedacht für das Betreuungsgeld entschieden, dessen genaue Ausgestaltung noch diskutiert wird. So gibt es zum Beispiel den Vorschlag, einen Teil in Form von Gutscheinen für Musik- oder Sportangebote und so weiter zu geben, damit das Betreuungsgeld nicht nur eine Ergänzung zum Haushaltsgeld ist.

„Das Ehegattensplitting soll voll erhalten bleiben. Die Ehe ist der Kern der Familie.“

Eltern? Meist sind das die Mütter.

Wir wollen Wahlfreiheit ermöglichen. Die Familien sollen selbst entscheiden können, wie sie Familie leben wollen. Das ist mir sehr wichtig. Darum dürfen wir nicht nachlassen, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, damit Mütter nicht abgehängt werden.

Und dann ist da noch das hoch umstrittene Ehegattensplitting, das die Hausfrauenehe subventioniert. 2005 haben Sie in einem Interview mit EMMA erklärt, dieses Ehegattensplitting sei „vollkommen in Ordnung“. Das sehe ich auch heute noch genau so!

Damit fallen Sie aber hinter die Position Ihrer eigenen Partei zurück. Die hat schon 2006 eine Art „Familiensplitting“ gefordert. Also kein Ehegattensplitting mehr, von dessen jährlich 20 Milliarden Euro knapp die Hälfte an kinderlose Paare geht (genau 43 Prozent), sondern Steuererleichterungen für echte Familien.

Hier geben Sie unsere Position nicht zu treffend wieder. Das Ehegattensplitting soll

voll erhalten bleiben. Wir überlegen aber, wie wir zusätzlich Familien steuerlich mit einem Familiensplitting besser berücksichtigen können. Die Ehe ist als partnerschaftliche Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft Kern der Familie. Dieser Rolle muss das Steuerrecht spürbar Rechnung tragen.

Gesetzt den Fall, Sie würden wiedergewählt: Was würde eine Bundeskanzlerin Merkel in der nächsten Legislaturperiode tun, um die Lohnungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu mindern? In Deutschland verdienen Frauen im Schnitt noch immer 23 Prozent weniger als Männer.

Das ist ein echtes Problem, das ich häufig bei Begegnungen mit den Tarifpartnern anspreche. Zum einen müssen sich die Gewerkschaften, in denen mehrheitlich Frauen die Beschäftigten sind, um dieses Problem kümmern und für Verbesserungen eintreten. Auch die Bundesfamilienministerin hat ja zu den streikenden Erzieherinnen gesagt: Sie verdienen zu wenig! Doch bis der Dienst am Menschen, den ja vor allem Frauen leisten, genau so ernst genommen wird wie die industrielle Produktion oder die Finanzwelt, wird es noch eine Weile dauern. Zweitens müssen mehr Frauen in Führungspositionen. Ich rate jeder Frau, die für die gleiche Arbeit weniger als ihr Kollege verdient, selbstbewusst zum Chef zu gehen und zu sagen: Da muss sich was ändern!

Na, karrierefördernd wird sich das nicht immer auswirken ... Doch was kann der Staat dazu beitragen?

Ich halte Zwangsmaßnahmen nicht für erfolgversprechend, aber wir werden das von Seiten der Politik immer wieder mahnen und Druck machen.

Die Finanzkrise schadet vielen Menschen, Frauen vermutlich noch ein bisschen mehr. Sind Sie der Auffassung, dass Deutschland bisher genug dagegen getan hat? Und haben Sie als Bundeskanzlerin da eigentlich auch eigene Akzente gesetzt?

Ja: National mit den Konjunkturprogrammen, mit denen wir in der EU mit an der Spitze liegen, und international zum Beispiel als wir uns zusammen mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy im April in London beim G 20 Gipfel vehement für eine neue Finanzmarkt-Verfas-

sung, schärfere Aufsichtsregeln und ein Ende der Steueroasen eingesetzt haben. Wir müssen aus dieser Krise die richtigen Konsequenzen ziehen, damit sie sich nicht in einigen Jahren wiederholt.

Das lässt aber noch auf sich warten.

Das ist ein dickes Brett, einige strengere Vorschriften für Banken haben wir schon umgesetzt. Ich habe zudem eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften, die internationale Maßstäbe bündelt, vorgeschlagen und an dieser wird im Bereich der G 20 jetzt gearbeitet.

Gut gemeint, aber noch recht zahlos.

Einen ersten Pflock habe ich eingeschlagen. Dafür gab es viel Zustimmung von ganz unterschiedlichen Ländern, von Brasilien bis Australien. Und im September werden wir uns beim nächsten G 20-Treffen in Pittsburgh wieder mit dem Problem befassen. Die Banken dürfen einfach nicht mehr so extrem kurzfristig denken, ohne die langfristigen Folgen zu bedenken. Banken, die risikoreiche Geschäfte machen, müssen in Zukunft entsprechend viel Eigenkapital haben, damit sie selber ihre Risiken auffangen können – statt danach beim Staat die Hände aufzuhalten.

Eines der globalen Geschäfte, das den größten Profit abwirft, ist der Frauenhandel, mit dem die Prostitution untrennbar verknüpft ist. Profit nicht etwa für die Prostituierten, sondern für Zuhälter und Menschenhändler. In dem Interview mit EMMA im August 2005 haben Sie im Wahlkampf einen ersten Schritt gegen dieses Verbrechen angekündigt: ein Gesetz, das die Freier von Zwangsprostituierten bestraft. Dieses Gesetz aber existiert bis heute nicht. Wo hakt es?

Zur wirksamen Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Gewalt gegen Mädchen und Frauen in der Prostitution brauchen wir einen breiteren Ansatz, der auch eine Strafbarkeit der Freier von Zwangsprostituierten mit umfasst. Die Bundesregierung hat hierzu verschiedene Überlegungen entwickelt und mit den Koalitionsfraktionen besprochen. Leider ist es dann nicht gelungen, in der zu Ende gehenden Wahlperiode die gemeinsame Lösung zu finden. Wir werden das Pro-

blem nach der Wahl erneut in Angriff nehmen.

Okay, dann höre ich 2012 nochmal nach ... Ebenfalls angekündigt hatten die Konservativen im letzten Wahlkampf eine Reform der fatalen rot-grünen Prostitutionsreform, die die so genannte „Sittenwidrigkeit“ der Prostitution abgeschafft hat. Angeblich sollte das den Prostituierten helfen – es hat aber nur den Bordelliers und Menschenhändlern genutzt, die die Haut von Frauen heute ungehemmter denn je zu Markte tragen. Das belegt auch eine Studie des Von-der-Leyen-Ministeriums. So gibt es inzwischen so genannte „Modelwohnungen“ in Wohnhäusern und Sexfabriken, in denen die Freier auf Flatrate loslegen können. Was tut die Kanzlerin? Wir haben uns die Wirkung des Prostitutionsgesetz sehr genau angeschaut und Fachleute zu Rate gezogen. Es ist sicher richtig, dass die Ziele des Gesetzes nur teilweise erreicht wurden. Aber wir sind in der Koalition zu der Überzeugung gekommen, dass wir mit der Rückkehr zum alten Zustand Frauen und Mädchen nicht besser schützen könnten. Auch das kriminelle Umfeld wäre nach Einschätzung der Experten nicht leichter zu bekämpfen. Wir müssen darüber nachdenken, ob und wie man die gewerbe-rechtlichen Genehmigungen und Kontrollen verbessern kann. Ich glaube, dass wir damit mehr erreichen. Gewerbe-recht, Polizei- und Ordnungsrecht sind hier die möglichen Instrumente.

Zum Schluss nochmal ein ganz anderes Thema. Ich erinnere mich, dass Ihr Mann, Joachim Sauer, bei Ihrer Ernennung zur Bundeskanzlerin am 22. November 2005 nicht anwesend war im Reichstag. Hat er sich inzwischen an Ihre Rolle gewöhnt? Er war seit diesem Tag meiner Verteidigung bei einer ganzen Reihe von Terminen an meiner Seite: zum Beispiel bei unseren internationalen Verpflichtungen, EU-Präsidentschaft, G 8-Präsidentschaft oder beim NATO-Gipfel. Und er hat inzwischen auch Freude daran. Entscheidend ist für ihn aber nach wie vor, dass er seinem eigenen Beruf als Wissenschaftler weitgehend uneingeschränkt nachgehen kann.

Verständlich. Gibt es für den Ehemann der Bundeskanzlerin dennoch Pflichttermine?

Also, wenn wir selber Veranstalter einer internationalen Konferenz sind, zu der die Partner gerne mitkommen, dann finde ich es schon schön, wenn er auch Co-Gastgeber für das Partnerprogramm ist. Aber ich sage nicht: Du musst! Ich rege es an. (lacht)

Dass auch die Kanzlerin eine Frau ist, können wir öfter mal lesen. Sie erzählen gerne, dass Sie hin und wieder Kartoffelsuppe kochen oder Pflaumenkuchen backen ...

Ich koche gern und wann immer ich kann. Gerade am Wochenende habe ich Johannisbeerkuchen gebacken!

Hoffentlich nicht mit so viel Zucker. Der schmeckt ja sauer am besten. Zucker? Kommt bei mir nur auf die Streusel.

Und Ihr Mann? Kocht oder backt der auch schon mal?

Mein Mann kocht nicht, er kauft meist ein und ich schreibe ihm am Freitag einen Zettel – und dann kauft er fürs Wochenende ein.

1993 haben Sie in einer Faludi-Rezension für EMMA gefordert „den Mann, der spült und das Klo putzt“. Wie steht es damit heute im Hause Merkel/Sauer?



Die Kanzlerin und ihre rechte Hand, die mythen-umwobene Büroleiterin Beate Baumann.

Wir haben eine Haushaltshilfe. Aber die macht nicht alles und dann treffen wir Absprachen: Wer wann welche Waschmaschine anstellt, die Wäsche aufhängt. Oder wer wann was einkauft.

Und wer putzt?

Wenn die Haushaltshilfe in Urlaub ist, wir beide. Wir teilen uns das redlich.



Zwei Bücher von Frauen über Angela Merkel

Sie war die Erste, die ausgrub, dass die kleine Angela nicht nur sehr zögerlich anfang zu laufen, sondern vor allem mit einem Probleme hatte: den Berg runter zu gehen. So ist es geblieben: Die als zögerlich geltende Kanzlerin schreitet auch weiterhin lieber bergauf als bergab. Ins Zentrum ihrer biografischen Schlaglichter stellt die SZ-Reporterin Merckels „Anderssein“. Als Tochter einer West-Mutter im Osten und eines Pfarrer-Vaters in der gottlosen DDR. Das 2001 erstmals erschienene Buch wurde erweitert neu aufgelegt. Evelyn Roll: Die Kanzlerin (Ullstein, 9.95 €).

Wie funktioniert das eigentlich: Regieren? Zum Beispiel, wenn die Finanzkrise ausbricht? Die Volkswirtin und langjährige Politikredakteurin hat ein halbes Jahr praktische Kanzlerschaft aus nächster Nähe verfolgt und recherchiert: vom 10. Oktober 2008, dem Beginn des Bankencrashes bis März 2009. Sie entlockt der Kanzlerin nicht nur das Geständnis, dass die kleine Angela Eisläuferin werden wollte. Hechel resümiert ihre Insider-Reportage mit dem Merkel-Satz: Motto: In der Ruhe liegt die Kraft. Margaret Hechel: So regiert die Kanzlerin (Piper, 14.95 €).